

Pressemitteilung vom 12.02.2025

## **SPD und Union vertreten zwei Varianten einer Geflüchtete-raus-Politik**

„Ausnahmsweise muss ich der Bundesinnenministerin recht geben: SPD und Union unterscheiden sich in ihrem fluchtpolitischen Programm tatsächlich nur marginal. Beide vertreten eine Geflüchtete-raus-Politik. Aber während die SPD dieses Programm zusammen mit den ‚europäischen Partnern‘ umsetzen und in erster Linie die EU-Außengrenzen weiter abschotten will, fordert Merz, zusätzlich auch die nationalen Grenzen dicht zu machen“, erklärt Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, zu Äußerungen von Nancy Faeser über Gemeinsamkeiten mit Friedrich Merz. Bünger weiter:

„Schon jetzt führt die Bundespolizei massenhaft Zurückweisungen durch. 2024 betraf dies mehr als 40.000 Personen, darunter viele Geflüchtete aus Ländern wie Syrien, der Türkei und Afghanistan. Vieles deutet daraufhin, dass die Beamt\*innen dabei Asylgesuche systematisch überhören, um die Betroffenen an der Einreise hindern zu können. Diese Praxis verstößt gegen internationales und europäisches Recht und muss beendet werden.“

Die permanente Skandalisierung von Migration, die alle Parteien außer der Linken betreiben, ist ein gewaltiges Ablenkungsprogramm. Damit wollen diese Parteien darüber hinwegtäuschen, dass sie für die echten Probleme der Menschen – fehlenden Wohnraum, zerfallende Infrastruktur, steigende Preise – keine Lösungen haben. Statt weiterer Abschottung brauchen wir dringend eine soziale Offensive, von der alle hier lebenden Menschen profitieren würden.“

Clara Bünger  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik  
clara.buenger@bundestag.de  
clarabuenger.de

**Clara Bünger**  
Die Linke